AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES

Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 47 | FREITAG, DEN 18. JUNI | 2010

Inhalt:

	Seite
Geschäftsverteilung des Senats	1057
Immissionsschutz, Umweltverträglichkeitsprüfung – Bekanntmachung von Einzelfallentscheidungen	1058
Immissionsschutz, Umweltverträglichkeitsprüfung – Bekanntmachung von Einzelfallentscheidungen	1059
Herstellung und Ausbau von Erschließungsanlagen in den Stadtteilen Bahrenfeld, Lohbrügge und Lokstedt	1059
Entwidmung von öffentlichen Wegeflächen	1059

BEKANNTMACHUNGEN

Geschäftsverteilung des Senats

(Stand 8. Juni 2010)

Senatsämter und Fachbehörden

I. Senatsämter

Senatskanzlei	Bürgermeister Ole von Beust (Vertreterin: Bürgermeisterin Christa Goetsch) Chef der Senatskanzlei Staatsrat Dr. Volkmar Schön (Vertreter: Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann) Bevollmächtigter beim Bund, bei der Europäischen Union und für auswärtige Angelegenheiten Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann (Vertreter: Staatsrat Dr. Volkmar Schön)
Personalamt	Bürgermeister Ole von Beust (Vertreter: Senator Carsten Frigge) Staatsrat Dr. Volkmar Schön (Vertreter: Staatsrat Dr. Robert Heller Weitere Vertreterin: Staatsrätin Carola v. Paczensky)

II. Fachbehörden

Justizbehörde	Senator Dr. Till Steffen (Vertreter: Senator Christoph Ahlhaus) Staatsrätin Carola v. Paczensky (Vertreter: Staatsrat Dr. Stefan Schulz)
Behörde für Schule und Berufsbildung	Bürgermeisterin Christa Goetsch (Vertreterin: Senatorin Anja Hajduk) Staatsrat Ulrich Vieluf (Vertreter: Staatsrat Bernd Reinert)
Behörde für Wissenschaft und Forschung	Senatorin Dr. Herlind Gundelach (Vertreter: Senator Dietrich Wersich) Staatsrat Bernd Reinert (Vertreter: Staatsrat Ulrich Vieluf)
Behörde für Kultur, Sport und Medien	Senatorin Prof. Dr. Karin von Welck (Vertreterin: Senatorin Dr. Herlind Gundelach)
Für den Bereich Kultur und Medien:	Staatsrat Dr. Nikolas Hill (Vertreter: Staatsrat Dr. Manfred Jäger)

Für den Bereich Sport:	Staatsrat Dr. Manfred Jäger (Vertreter: Staatsrat Dr. Nikolas Hill)
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz	Senator Dietrich Wersich (Vertreterin: Senatorin Prof. Dr. Karin von Welck)
Für den Bereich Soziales, Verbraucherschutz:	Staatsrat Dr. Michael Voges (Vertreterin: Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert)
Für den Bereich Gesundheit, Familie und Jugend:	Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert (Vertreter: Staatsrat Dr. Michael Voges)
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt	Senatorin Anja Hajduk (Vertreterin: Bürgermeisterin Christa Goetsch)
Für den Bereich Umwelt, Landes- und Landschaftsplanung:	Staatsrat Christian Maaß (Vertreter: Staatsrat Dr. Stephan Hugo Winters)
Für den Bereich Stadtentwicklung, Bau, Wohnen, Verkehr:	Staatsrat Dr. Stephan Hugo Winters (Vertreter: Staatsrat Christian Maaß)
Behörde für Wirtschaft und Arbeit	Senator Axel Gedaschko (Vertreter: Senator Carsten Frigge) Staatsrat Peter Wenzel (Vertreter: Staatsrat Dr. Robert Heller)
Behörde für Inneres	Senator Christoph Ahlhaus (Vertreter: Senator Dr. Till Steffen) Staatsrat Dr. Stefan Schulz (Vertreterin: Staatsrätin Carola v. Paczensky)
Finanzbehörde	Senator Carsten Frigge (Vertreter: Senator Axel Gedaschko) Staatsrat Dr. Robert Heller (Vertreter: Staatsrat Peter Wenzel)
Für den Bereich Bezirke:	Staatsrat Dr. Manfred Jäger (Vertreter: Staatsrat Dr. Robert Heller)
III. Richterwahlausschuss	Senator Dr. Till Steffen Vorsitzender (Vertreter: Senator Dietrich Wersich) (Vom Senat bestellte Mitglieder) Staatsrätin Carola v. Paczensky (Vertreter: Staatsrat Dr. Manfred Jäger) Staatsrat Dr. Volkmar Schön (Vertreter: Staatsrat Dr. Robert Heller)

Hamburg, den 8. Juni 2010

Der Senat

Amtl. Anz. S. 1057

Immissionsschutz, Umweltverträglichkeitsprüfung – Bekanntmachung von Einzelfallentscheidungen

Änderung einer Anlage zur fabrikmäßigen Herstellung von Stoffen durch chemische Umwandlung

Die Firma DOG Deutsche Ölfabrik Gesellschaft für chemische Erzeugnisse mbH und Co. KG, Ellerholzdamm 50, 20457 Hamburg, hat bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt – Amt für Immissionsschutz und Betriebe – eine Änderungsgenehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes für die Änderung ihrer Anlage zur fabrikmäßigen Herstellung von Stoffen durch chemische Umwandlung, Anlage nach Nummer 4.1 Spalte 1 der 4. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, auf dem Grundstück Ellerholzdamm 50, 20457 Hamburg, beantragt.

Das Änderungsvorhaben umfasst die Installation einer zweiten Gaswaage in der Ex-Abteilung.

Es handelt sich um ein Vorhaben, für das gemäß § 3c Absatz 1 in Verbindung mit Anlage 1 (Nummer 4.2) des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles durchzuführen war.

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 3c Absatz 1 Satz 1 UVPG wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung des Änderungsvorhabens abgesehen.

Das Änderungsvorhaben kann nach Einschätzung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt auf Grund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung gesetzlicher Kriterien für die Vorprüfung des Einzelfalles keine zusätzlichen erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben.

Die Begründung der Feststellung, dass für das Änderungsvorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, ist bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt – Amt für Immissionsschutz und Betriebe – nach den Bestimmungen des Umweltinformationsgesetzes der Öffentlichkeit zugänglich.

Hamburg, den 8. Juni 2010

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Amtl. Anz. S. 1058

Immissionsschutz, Umweltverträglichkeitsprüfung – Bekanntmachung von Einzelfallentscheidungen

Änderung einer Anlage zur fabrikmäßigen Herstellung von Stoffen durch chemische Umwandlung

Die Firma DOG Deutsche Ölfabrik Gesellschaft für chemische Erzeugnisse mbH und Co. KG, Ellerholzdamm 50, 20457 Hamburg, hat bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt – Amt für Immissionsschutz und Betriebe – eine Änderungsgenehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes für die Änderung ihrer Anlage zur fabrikmäßigen Herstellung von Stoffen durch chemische Umwandlung, Anlage nach Nummer 4.1 Spalte 1 der 4. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, auf dem Grundstück Ellerholzdamm 50, 20457 Hamburg, beantragt.

Das Änderungsvorhaben umfasst den Ausbau und die Erweiterung der Ester-/Seifenabteilung durch drei Reaktoren und Nebeneinrichtungen zur Herstellung von Metallseifen und Estern bzw. Silanmischungen.

Es handelt sich um ein Vorhaben, für das gemäß § 3 c Absatz 1 in Verbindung mit Anlage 1 (Nummer 4.2) des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles durchzuführen war.

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 3 c Absatz 1 Satz 1 UVPG wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung des Änderungsvorhabens abgesehen.

Das Änderungsvorhaben kann nach Einschätzung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt auf Grund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung gesetzlicher Kriterien für die Vorprüfung des Einzelfalles keine zusätzlichen erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben.

Die Begründung der Feststellung, dass für das Änderungsvorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, ist bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt – Amt für Immissionsschutz und Betriebe – nach den Bestimmungen des Umweltinformationsgesetzes der Öffentlichkeit zugänglich.

Hamburg, den 8. Juni 2010

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Amtl. Anz. S. 1059

Herstellung und Ausbau von Erschließungsanlagen in den Stadtteilen Bahrenfeld, Lohbrügge und Lokstedt

I.

Endgültige Herstellung:

Nach § 49 Absatz 5 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41), zuletzt geändert am 27. Januar 2009 (HmbGVBl. S. 16), wird bekannt gemacht:

Die nachstehend aufgeführten Erschließungsanlagen sind endgültig hergestellt worden:

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Erschließungsanlagen
1	Boberger Anger von Boberger Höhe in nördliche Richtung abzweigende Bügelstraße Boberger Anger
2	Boberger Aue von Boberger Höhe abzweigende Ringstraße Boberger Aue von Hausnummer 1 bis Hausnummer 59

II.

Erweiterung und Verbesserung:

Nach § 55 des Hamburgischen Wegegesetzes wird bekannt gemacht:

Bei der nachstehend aufgeführten Erschließungsanlage sind die angegebenen Maßnahmen nach § 52 Absatz 1 des Hamburgischen Wegegesetzes abgeschlossen worden:

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Erschließungsanlage
1	Am Diebsteich von Schützenstraße bis Schleswiger Straße Maßnahmen: Verbesserung der Nebenflächen Herstellung der Parkflächen Verbesserung der Entwässerungseinrichtungen

III.

Widerruf:

Folgende Bekanntmachung wird widerrufen:

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Erschließungsanlage
1	Die Bekanntmachung vom 4. Dezember 2007 (Amtl. Anz. S. 2859), unter I., laufende Nummer 13: Veilchenweg von Grandweg bis Lianenweg (ausschließlich)

Hamburg, den 18. Juni 2010

Die Finanzbehörde Amtl. Anz. S. 1059

Entwidmung von öffentlichen Wegeflächen

Es ist beabsichtigt, nach § 8 in Verbindung mit § 7 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41), zuletzt geändert am 9. August 2007, einen Teil der öffentlichen Wegeflächen Lange Mühren (Flurstück 1139 teilweise, etwa 213 m²) sowie Spitalerstraße (Flurstück 1483 teilweise, etwa 2 m²), Gemarkung Altstadt-Nord, zu entwidmen.

Der Plan über den Verlauf der zu entwidmenden Wegeflächen liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Fachamt Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Block D, Zimmer 103, 20095 Hamburg, zur Einsicht für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll im Fachamt vorbringen. Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 8. Juni 2010

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 1059

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Bauaufträge – Öffentliche Ausschreibung

Vergabenummer: 10 A 0194

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):

Bundesrepublik Deutschland, diese vertreten durch die Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Amt für Bauordnung und Hochbau,
Bundesbauabteilung,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 0,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 06

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung, VOB/A

Vergabenummer: **10 A 0194**

Metallbauarbeiten

c) Art des Auftrages: **Ausführen von Bauleistungen**

d) Ort der Ausführung:

Reiherdamm 10, 20457 Hamburg

e) Art und Umfang der Leistung, allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:

Allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:

Dienst- und Unterkunftsgebäude

Art der Leistung:

Ausführung von Bauleistungen

Umfang der Leistung:

Sanierung eines dreigeschossigen Dienst- und Unterkunftsgebäudes mit einer Nutzfläche von etwa 3000 m², Abbruch von 13 Stück Innentüren, Umsetzung erforderlicher Brandschutzmaßnahmen, 18 Stück Feuer-Rauchschutztüren.

f) Aufteilung in Lose: nein

g) Erbringen von Planungsleistungen: nein

h) Ausführungsfrist:

Beginn: 4. November 2010, Ende: 21. Dezember 2010

i) Anforderung der Verdingungsunterlagen:

Bewerbungsschluss: 28. Juni 2010

Versand der Verdingungsunterlagen: 5. Juli 2010

j) Entgelt für die Verdingungsunterlagen:

Vergabenummer: **10 A 0194**

Höhe des Entgeltes: 16,– Euro

Zahlungsweise: Banküberweisung (Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.)

Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Anschrift siehe Buchstabe a)

Kontonummer: 1 027 210 333, BLZ: 200 505 50,
Geldinstitut: Hamburger Sparkasse

IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210333

BIC-Code: HASPDEHHXXX

Verwendungszweck:
Kauf der Verdingungsunterlagen 10 A 0194

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

– auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
– gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
– die Kasse die Einzahlung bestätigt hat.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

o) Angebotseröffnung:

22. Juli 2010, 10.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe a)

t) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist:

23. August 2010

v) Geforderte Eignungsnachweise:

Mit dem Angebot sind vorzulegen: Eignungsnachweise gemäß § 8 Nummer 3 Absatz 1 Buchstaben a), b), c) und f) VOB/A.

u) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt:

Anschrift siehe Buchstabe a)
Frau Schnur, Telefon: +49 (0)40 / 4 28 42 - 3 81

Nachprüfung behaupteter Verstöße: –

Nachprüfungsstelle nach § 31 VOB/A:

Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Amt für Bauordnung und Hochbau,
Bundesbauabteilung,
Stabsstelle Recht – BBA R –,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: +49 (0)40 / 4 28 42 - 4 50,
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 42 - 2 06

Hamburg, den 10. Juni 2010

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung – 614

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
Finanzbehörde, SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Allgemeine Verwaltung
– Ausschreibung SBH3B2,

Zu Händen: Herr Achim Schaar,
Telefon: +49 (0)40 / 4 28 23 - 62 94,
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 23 - 61 94
E-Mail: Achim.Schaar@sbh.fb.hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:

andere Stellen, siehe Anhang A/I

Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:

den oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en)**

Regional- oder Lokalbehörde

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:

Gesamtschule Öjendorf,
Ersatz der abgängigen Bausubstanz
und Erweiterung;
LOS 8, TROCKENBAUARBEITEN

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

(a) Bauleistung

Hauptausführungsort: Hamburg

NUTS-Code: DE 600

II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung

Öffentlicher Auftrag

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Gipskartonwände und Akustikdecken.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):

Hauptgegenstand: 45214200

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): –

II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

etwa 250 m² Trockenbauwände,
etwa 1350 m² Akustidecken, fugenlos mit Dämmung,
etwa 450 Akustikdecken aus kunstharzgebundenen Glaswollplatten,
etwa 400 Stück Baffel (1200/200/40 cm).

II.2.2) Optionen: –

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:** –

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Bürgschaft über 5 % der Auftragssumme als Sicherheit für die Vertragserfüllung und 3 % als Sicherheit für Mängelansprüche ab einer Auftragssummen von 250.000,– Euro.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: –

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8 Nr. 3 Abs. 1, Nummer f).
– Der Bewerber hat eine Erklärung vorzulegen, dass er in den letzten 2 Jahren nicht gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gem. § 6 Abs. 1 oder 2 Arbeitnehmerentsendegesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500,– Euro belegt worden ist.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8 Nr. 3 Abs. 1, Buchstaben a) und c).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8 Nr. 3 Abs. 1, Buchstaben b) und d).

III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: Nein

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Verdingungs-/Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.

IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsinformationen**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

SBH EG 01/10S

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Ja

Vorinformation

Bekanntmachungsnummer im ABl.:
2010/S 049-072153 vom 11. März 2010

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen: 7. Juli 2010, 16.00 Uhr

Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja

Preis: 50,– Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Per Banküberweisung,
Empfänger: Schulbau Hamburg,
Kontonummer: 20001590, BLZ: 200 000 00,
Geldinstitut: Bundesbank.
Verwendungszweck:
4100900000027 SBH EG 01/10S.

Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Daseingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:

13. Juli 2010, 11.30 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch

IV.3.7) Bindefrist des Angebots:

Bis 11. September 2010

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

13. Juli 2010, 11.30 Uhr

Ort: SBH | Schulbau Hamburg,
Ausschreibung 3B2, Raum 240,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja

Bieter und ihre Bevollmächtigten

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) **Dauerauftrag**: Nein

VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Nein

VI.3) **Sonstige Informationen**: –

VI.4) **Nachprüfungsverfahren/ Rechtsbehelfsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer bei der Behörde
für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder gegebenenfalls Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: –

VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

10. Juni 2010

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind**:

Offizielle Bezeichnung:

SBH | Schulbau Hamburg, Baumanagement,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontakstelle(n):
Zu Händen Herrn Bernd Homrighausen
E-Mail:
Bernd.Homrighausen@sbh.fb.hamburg.de

II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem):** –

III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/ Teilnahmeanträge zu senden sind:** –

Hamburg, den 10. Juni 2010

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

615

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
Finanzbehörde, SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Allgemeine Verwaltung
– Ausschreibung SBH3B2,
Zu Händen: Herr Achim Schaar,
Telefon: +49 (0)40 / 4 28 23 - 62 94,
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 23 - 61 94
E-Mail: Achim.Schaar@sbh.fb.hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:

andere Stellen, siehe Anhang A/I

Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:

den oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en)**

Regional- oder Lokalbehörde

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Bildung

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:

Gesamtschule Öjendorf,
Ersatz der abgängigen Bausubstanz
und Erweiterung;
LOS 1, ERWEITERTE ROHBAUARBEITEN

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

(a) Bauleistung

Erbringung einer Bauleistung, gleichgültig mit welchen Mitteln, gemäß den vom öffentlichen Auftraggeber genannten Erfordernissen.

Hauptausführungsort: Hamburg

NUTS-Code: DE 600

II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung

Öffentlicher Auftrag

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Baustelleneinrichtung, Erdarbeiten mit Verbau, Beton-, Stahlbeton-, Putz- und Mauerarbeiten, Aussendämmung und Fassadenverkleidung mit Verblendmauerwerk.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):

Hauptgegenstand: 45214200

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): –

II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Titel 1: Baustelleneinrichtung einschließlich Hebezeug, etwa 300 m Bauzaun.

Titel 2: Erdarbeiten, etwa 3 700 m^3 Baugrubenaushub, etwa 400 m^2 Bohlträgerverbau.

Titel 3: Stahlbetonarbeiten, etwa 5100 m^2 Sohle und Decken aus StB, etwa 250 m^3 Ortbeton für Fundamente, etwa 3000 m^2 StB-Wände, etwa 200 m Stüzen aus StB.

Titel 4: Mauerarbeiten, etwa 200 m^2 KS 12-2,0, d = 11,5 cm, etwa 250 m^2 KS 20-2,0, d = 17,5 cm, etwa 750 m^2 Verblendmauerwerk.

Titel 5: Wärmedämmarbeiten, etwa 1300 m^2 Perimeterdämmung der Bodenplatte, 16 cm, zweilagig, etwa 750 m^2 Mineralfaserdämmung der Fasade, 20 cm, zweilagig.

II.2.2) Optionen: –

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:** –

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Bürgschaft über 5 % der Auftragssumme als Sicherheit für die Vertragserfüllung und 3 % als Sicherheit für Mängelansprüche ab einer Auftragssummen von 250.000,– Euro.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: –

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8 Nr. 3 Abs. 1, Nummer f).
– Der Bewerber hat eine Erklärung vorzulegen, dass er in den letzten 2 Jahren nicht gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gem. § 6 Abs. 1 oder 2 Arbeit-

nehmerentsendegesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500,– Euro belegt worden ist.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8 Nr. 3 Abs. 1, Buchstaben a) und c).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8 Nr. 3 Abs. 1, Buchstaben b) und d).

III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: Nein

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Verdingungs-/Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.

IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsinformationen**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

SBH EG 02/10S

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Ja

Vorinformation

Bekanntmachungsnummer im ABl.:
2010/S 049-072153 vom 11. März 2010

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen: 8. Juli 2010, 16.00 Uhr

Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja

Preis: 90,– Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Per Banküberweisung,
Empfänger: Schulbau Hamburg,
Kontonummer: 20001590, BLZ: 200 000 00,
Geldinstitut: Bundesbank.
Verwendungszweck:
4100900000027 SBH EG 02/10S.

Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Daseingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:

14. Juli 2010, 11.30 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch

IV.3.7) Bindefrist des Angebots:

Bis 12. September 2010

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

14. Juli 2010, 11.30 Uhr

Ort: SBH | Schulbau Hamburg,
Ausschreibung 3B2, Raum 240,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja

Bieter und ihre Bevollmächtigten

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) **Dauerauftrag**: Nein

VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Nein

VI.3) **Sonstige Informationen**: –

VI.4) **Nachprüfungsverfahren/ Rechtsbehelfsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer bei der Behörde
für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder gegebenenfalls Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: –

VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

11. Juni 2010

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind**:

Offizielle Bezeichnung:

SBH | Schulbau Hamburg, Baumanagement,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontakstelle(n):
Zu Händen Herrn Bernd Homrighausen
E-Mail:
Bernd.Homrighausen@sbh.fb.hamburg.de

II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem):** –

III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/ Teilnahmeanträge zu senden sind:** –

Hamburg, den 11. Juni 2010

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

616

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
Finanzbehörde, SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Allgemeine Verwaltung
– Ausschreibung SBH3B2,
Zu Händen: Herr Achim Schaar,
Telefon: +49 (0)40 / 4 28 23 - 62 94,
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 23 - 61 94
E-Mail: Achim.Schaar@sbh.fb.hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:

andere Stellen, siehe Anhang A/I

Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:

den oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en)**

Regional- oder Lokalbehörde

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:

Gesamtschule Öjendorf,
Ersatz der abgängigen Bausubstanz
und Erweiterung;
LOS 2, ZIMMERER- UND
HOLZBAUARBEITEN

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

(a) Bauleistung

Hauptausführungsort: Hamburg

NUTS-Code: DE 600

II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung

Öffentlicher Auftrag

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Pfettendachkonstruktion und Holzfassade

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):

Hauptgegenstand: 45214200

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): –

II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Lieferung, Abbund und Montage von etwa 50 cbm Schnittholz und etwa 1500 m^2 Schalung für die Dachkonstruktion; Dachaufbau-Dämmstärken bis 25 cm; etwa 650 m^2 hinterlüftete Fassade aus Massivholzprofilen.

II.2.2) Optionen: –

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:** –

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Bürgschaft über 5 % der Auftragssumme als Sicherheit für die Vertragserfüllung und 3 % als Sicherheit für Mängelansprüche ab einer Auftragssummen von 250.000,– Euro.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: –

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8 Nr. 3 Abs. 1, Nummer f).
– Der Bewerber hat eine Erklärung vorzulegen, dass er in den letzten 2 Jahren nicht gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gem. § 6 Abs. 1 oder 2 Arbeitnehmerentsendegesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500,– Euro belegt worden ist.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8 Nr. 3 Abs. 1, Buchstaben a) und c).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8 Nr. 3 Abs. 1, Buchstaben b) und d).

III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: Nein

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Verdingungs-/Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.

IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsinformationen**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

SBH EG 03/10S

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Ja

Vorinformation

Bekanntmachungsnummer im ABl.:
2010/S 049-072153 vom 11. März 2010

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen: 8. Juli 2010, 16.00 Uhr

Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja

Preis: 45,– Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Per Banküberweisung,
Empfänger: Schulbau Hamburg,
Kontonummer: 20001590, BLZ: 200 000 00,
Geldinstitut: Bundesbank.
Verwendungszweck:
4100900000027 SBH EG 03/10S.

Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Daseingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:

15. Juli 2010, 11.30 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch

IV.3.7) Bindefrist des Angebots:

Bis 13. September 2010

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

15. Juli 2010, 11.30 Uhr

Ort: SBH | Schulbau Hamburg,
Ausschreibung 3B2, Raum 240,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja

Bieter und ihre Bevollmächtigten

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) **Dauerauftrag**: Nein

VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Nein

VI.3) **Sonstige Informationen**: –

VI.4) **Nachprüfungsverfahren/ Rechtsbehelfsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer bei der Behörde
für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder gegebenenfalls Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: –

VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

14. Juni 2010

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind**:

Offizielle Bezeichnung:

SBH | Schulbau Hamburg, Baumanagement,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontakstelle(n):
Zu Händen Herrn Bernd Homrighausen
Telefon: +49 (0)40 / 4 28 23 - 61 15
E-Mail:
Bernd.Homrighausen@sbh.fb.hamburg.de

II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem):** –

III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/ Teilnahmeanträge zu senden sind:** –

Hamburg, den 11. Juni 2010

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

617

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Postanschrift:

Alter Steinweg 4, 20459 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen: Frau Jana Rosenkranz,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 41 - 30 23
E-Mail: Jana.Rosenkranz@bwa.hamburg.de

Internet-Adresse(n):
Hauptadresse des Auftraggebers(URL):
http://www.hamburg.de/bwa/

Weitere Auskünfte erteilen:

andere Stellen, siehe Anhang A/I

Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:

anderen Stellen, siehe Anhang A/II

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

andere Stellen, siehe Anhang A/III

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en)**

Regional- oder Lokalbehörde

Sonstiges: Wirtschaft und Arbeit

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:

Evaluation der arbeitsmarktpolitischen Instrumente Arbeitsgelegenheiten nach § 16 d des 2. Sozialgesetzbuches (SGB II) und des Beschäftigungszuschusses nach § 16 e SGB II.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

(c) Dienstleistung

Dienstleistungskategorie: Nummer 8

Hauptort der Dienstleistung: Hamburg

Nuts-Code: DE 600

II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung:

Öffentlicher Auftrag

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Die Behörde für Wirtschaft und Arbeit Hamburg hat im Jahre 2005 eine ausführliche Untersuchung von Arbeitsgelegenheiten erstellt. In einer Folgeuntersuchung durch ein neutrales Institut soll neben dem Instrument Arbeitsgelegenheiten auch der Beschäftigungszuschuss einbezogen werden.

Bei der Evaluation soll vor allem die Erreichung der Ziele öffentlich geförderter Beschäftigung im Mittelpunkt stehen. Hierzu zählen die (Wieder)-Heranführung von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen an den allgemeinen Arbeitsmarkt durch Förderung der sozialen Integration und Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit, die Steigerung der Qualität sozialer Dienstleistungen und Minderung gesellschaftlicher Problemlagen, der Nutzen für die individuelle Integrationsarbeit sowie der Abbau der hohen Arbeitslosigkeit in Problemquartieren. Neben der zielgruppenspezifischen Auswertung soll insbesondere der gesellschaftliche Nutzen Beschäftigungschaffender Instrumente beleuchtet werden.

Aus diesem Grund soll bis zur Jahresmitte 2011 eine ausführliche Untersuchung der Beschäftigung schaffenden Maßnahmen nach § 16 d und § 16 e SGB II durchgeführt werden und der Bürgerschaft der Stadt Hamburg vorgelegt werden. In der Untersuchung soll neben dem Integrationserfolg im Vergleich mit anderen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten die Erreichung der spezifischen Zielsetzung dieser Maßnahmen untersucht werden. Außerdem soll die subjektive Einschätzung der Teilnehmerinnen und Teilneh-

mer erforscht werden. Die Evaluation wird voraussichtlich ein Genehmigungsverfahren für die Übermittlung von Sozialdaten für die Forschung nach § 75 SGB X erforderlich machen.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 73300000

Ergänzende Gegenstände: 72314000
73110000
72312100

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Nein

II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang: –

II.2.2) Optionen: Nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung**

Beginn: 1. September 2010
Ende: 30. April 2011

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: –

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Die für die Evaluation erforderlichen Daten müssen durch den Auftragsnehmer teilweise bei der Bundesagenturfür Arbeit eingekauft werden.

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: Ja

Darlegung der besonderen Bedingungen:

Die Evaluation wird voraussichtlich ein Genehmigungsverfahren für die Übermittlung von Sozialdaten für die Forschung nach § 75 SGB X erforderlich machen.

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Bewerber müssen Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit nachweisen. Will ein Bewerber sich auf die Leistungsfähigkeit eines Dritten berufen (z.B. einer Muttergesellschaft) sind die erforderlichen Nachweise und Erklärungen für den Dritten vorzulegen. Zudem ist dazulegen und nachzuweisen, wie gesichert ist, dass dem Bewerber im Auftragsfall die Leistungsfähigkeit des Dritten tatsächlich zur Verfügung steht. Von allen Bietern ist eine Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit abzugeben. Die Angaben werden ggf. von der Vergabestelle durch eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150 a Gewerbeordnung (GewO) überprüft; von ausländischen Bietern wird ggf. eine gleichwertige Bescheinigung des Herkunftslandes gefordert. Ist der Bewerber aus einem stichhaltigen Grund nicht in der Lage, einen der nachfolgenden Eignungsnachweise vorzulegen, sind nach Möglichkeit andere geeignete Eignungsnachweise beizubringen. Darüber hinaus ist eine Erklärung abzugeben, aus der hervorgeht, aus welchem Grund die Vorlage des jeweiligen Nachweises nicht möglich ist. Der Auftraggeber wird die Eignung des Bewerbers in diesem Fall auf Basis der vorgelegten Belege unter Berücksichtigung der genannten Erklärungen prüfen.

a) (zwingend) Angabe zu Name bzw. Firma, Rechtsform, Sitz, Gegenstand, Geschäftsleitung und Tätigkeitsbereich des Bewerbers bzw. des Unternehmens.

b) (zwingend) Erklärung des Sozialversicherungsträgers zur Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen in der Sozialversicherung, bei dem die meisten Beschäftigten des Bewerbes versichert sind.

c) (zwingend) Erklärung, dass über das Vermögen des Bewerbers nicht das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist und, dass sich der Bewerber nicht in Liquidation befindet.

d) (zwingend) Erklärung, dass der Bewerber keine schweren Verfehlungen begangen hat, die seine Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt.

e) (zwingend) Erklärung des Bewerbers, dass er im Vergabeverfahren nicht vorsätzlich unzutreffende Erklärungen in Bezug auf seine Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit abgibt.

f) (zwingend) Erklärung, dass der Bewerber seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuren und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat.

Angaben und Erklärungen die zwingend bis zum Ablauf der Einreichungsfrist für Teilnahmeanträge vorzulegen sind, sind als zwingend gekennzeichnet. Die Vordrucke zu den Erklärungen d)-g) werden bei Abforderung von der in Anhang A unter II) angegebenen Stelle elektronisch übersandt.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

1. (zwingend) Angaben zum Gesamtumsatz in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren bzgl. der Forschungsdienstleistung.
2. (zwingend) Vorlage von Bilanzen oder Bilanzauszügen des Unternehmens für die letzten 3 Geschäftsjahre, falls deren Veröffentlichung

nach dem Gesellschaftsrecht des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, vorgeschrieben ist. Ist das Unternehmen noch nicht 3 Jahre am Markt tätig, ist es möglich, die genannten Angaben über die bisherige Tätigkeit zu machen.

3. Andere Angaben und Nachweise, die der Bewerber für sachdienlich hält, um seine wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit nachzuweisen.

Alle Angaben und Erklärungen die zwingend sind, sind als solche gekennzeichnet und bis zum Ende der Einreichungsfrist abzugeben. Ist der Bewerber aus einem stichhaltigen Grund nicht in der Lage, einen der nachfolgenden Eignungsnachweise vorzulegen, sind nach Möglichkeit andere geeignete Eignungsnachweise beizubringen. Darüber hinaus ist eine Erklärung abzugeben, aus der hervorgeht, aus welchem Grund die Vorlage des jeweiligen Nachweises nicht möglich ist. Der Auftraggeber wird die Eignung des Bewerbers in diesem Fall auf Basis der vorgelegten Belege unter Berücksichtigung der genannten Erklärungen prüfen.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

1. (zwingend) Angaben zur Zahl der jahresdurchschnittlich beschäftigten Forscherinnen und Forscher in den Jahren 2007 bis 2009.
2. (zwingend) Angaben zur Qualifikation des Personals mit Entscheidungsbefugnis in der Auftragserledigung.
3. (zwingend) Angaben zu publizierten Forschungsleistungen im Bereich der empirischen Wirkungsforschung arbeitsmarktpolitischer Instrumente aus den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren
4. Beschreibung der Maßnahmen des Bewerbers zur Gewährleistung der Qualität und seiner Untersuchungs- und Forschungsmöglichkeiten.
5. Angaben des Auftragsteils, für den der Bewerber möglicherweise einen Unterauftrag zu erteilen beabsichtigt.

Alle Angaben und Erklärungen die zwingend sind, sind als solche gekennzeichnet und bis zum Ende der Einreichungsfrist abzugeben. Ist der Bewerber aus einem stichhaltigen Grund nicht in der Lage, einen der nachfolgenden Eignungsnachweise vorzulegen, sind nach Möglichkeit andere geeignete Eignungsnachweise beizubringen. Darüber hinaus ist eine Erklärung abzugeben, aus der hervorgeht, aus welchem Grund die Vorlage des jeweiligen Nachweises nicht möglich ist. Der Auftraggeber wird die Eignung des Bewerbers in diesem Fall auf Basis der vorgelegten Belege unter Berücksichtigung der genannten Erklärungen prüfen.

III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: Nein

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Nein

III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der Dienstleistung verantwortlich sein sollen: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart:

Beschleunigtes Verhandlungsverfahren

Die Vergabe dient der Vorbereitung der Beantwortung des Bürgerschaftlichen Ersuchens 19/5702 der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg. Aufgrund des Umfangs und der Komplexität der Forschungsarbeit ist eine fristgerechte Beantwortung des Bürgerschaftlichen Ersuchens, bei angemessener Bearbeitungszeit des hier zu vergebenden Auftrags, nur durch ein beschleunigtes Verfahren zu erreichen.

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Zahl der Wirtschaftsteilnehmer:

Geplante Mindestzahl: 3

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Siehe hierzu Ziffer III.2

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Verdingungs-/Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.

IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsinformationen**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

782.0440-009/001

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen: –

Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Nein

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:

1. Juli 2010, 14.00 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) **Dauerauftrag**: Nein

VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Nein

VI.3) **Sonstige Informationen**

Es handelt sich vorliegend um einen Teilnahmewettbewerb, so dass kein Angebot einzureichen ist, sondern nur ein Teilnahmeantrag mit den unter Ziffer III.2 genannten Unterlagen. Teilnahmeanträge sind ausschließlich in Papierform mit der ergänzenden Angabe „Teilnahmeantrag EU 02/2010“ bei der in Anhang A unter III benannten Stelle einzureichen.

VI.4) **Nachprüfungsverfahren/ Rechtsbehelfsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer bei der
Finanzbehörde Hamburg

Postanschrift:

Rödingsmarkt 2, 20459 Hamburg, Deutschland

E-Mail: dieter.carmesin@fb.hamburg.de

Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 23 - 14 48,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 23 - 20 20

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Abs. 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird. Des Weiteren ist gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind:

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer bei der
Finanzbehörde Hamburg

Postanschrift:

Rödingsmarkt 2, 20459 Hamburg, Deutschland

E-Mail: dieter.carmesin@fb.hamburg.de

Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 23 - 14 48,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 23 - 20 20

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

10. Juni 2010

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind**:

Offizielle Bezeichnung:

Behörde für Wirtschaft und Arbeit Hamburg

Postanschrift:

Alter Steinweg 4, 20459 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Referat Grundsatzfragen derArbeitsmarktpolitik

Zu Händen von Frau Hanne Stiefvater,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 27 94 - 10 29,
E-Mail: Hanne.Stiefvater@bwa.hamburg.de

II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem)**

Offizielle Bezeichnung:

Behörde für Wirtschaft und Arbeit Hamburg,

Postanschrift:

Alter Steinweg 4, 20459 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Ausschreibungsstelle der Behörde
für Wirtschaft und Arbeit Hamburg

Zu Händen von Herrn Jens Rubbert,
E-Mail: Jens.Rubbert@bwa.hamburg.de

III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/Teilnahmeanträge zu senden sind:**

Offizielle Bezeichnung:

Behörde für Wirtschaft und Arbeit,
Hauptgeschäftsstelle – Submissionsstelle

Postanschrift:

Alter Steinweg 4, 20459 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von Ergänzende Angabe:
Teilnahmeantrag EU 02/2010

E-Mail: Jana.Rosenkranz@bwa.hamburg.de

Hamburg, den 10. Juni 2010

Die Behörde für Wirtschaft und Arbeit 618

Gerichtliche Mitteilungen

Zwangsversteigerung

71 z K 75/09. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Osterstraße 173 belegene, im Grundbuch von Eimsbüttel Blatt 6315 eingetragene 336 m² große Grundstück (Flurstück 1901), durch das Gericht versteigert werden.

Das Grunstück ist bebaut mit einem viergeschossigen, voll unterkellerten Mehrfamilienwohnhaus mit ausgebautem Dachgeschoss. Im Kellergeschoss, Erdgeschoss und I. Obergeschoss des etwa im Jahre 1898 errichteten Gebäudes wird eine Gaststätte mit einer Nutzfläche von insgesamt etwa 471,16 m² betrieben. Außerdem sind zwei Wohneinheiten mit einer Gesamtwohnfläche von etwa 244,61 m² und eine Arztpraxis mit einer Nutzfläche von etwa 134,01 m² vorhanden. Beheizung über Ölzentralheizungsanlage, Warmwasserversorgung über Elektro-Einzelgeräte. Das Objekt ist vollvermietet.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 1 100 000,– Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 19. August 2010, 9.30 Uhr,** vor dem Amtsgericht Hamburg, Caffamacherreihe 20, II. Stock, Saal 224.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 225, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 24. Juli 2009 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 18. Juni 2010

Das Amtsgericht, Abt. 71

619

Zwangsversteigerung

802 K 29/09. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Haberkamp 8 belegene, im Grundbuch von Poppenbüttel Blatt 3189 eingetragene, 1311 m² große Grundstück, (Flurstück 975), durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist mit einem voll unterkellerten Einfamilienhaus mit ausgebautem Dachgeschoss bebaut. Die Wohnfläche beträgt insgesamt etwa 241 m², Baujahr 1981, umfassende Modernisierung etwa 1994/1995. Ausstattung: Beheizung über Gaszentralheizung, Alarmanlage, Kamin im Erdgeschoss, Kaminofen im Dachgeschoss, in das Haus integrierte Garage für drei Kraftfahrzeuge. Im Keller gibt es neben Abstellflächen ein Gästezimmer mit Dusche, ein WC, ein Schwimmbad mit Duschbereich, Sauna und Fitnessraum. Die hintere Gartenanlage ist aufwändig gärtnerisch gestaltet mit großer Gartenteichanlage. Das Objekt wird vom Eigentümer genutzt und befindet sich in einem überdurchschnittlichen Zustand. Reizvolle Lage in der Nähe des Alsterlaufs, durch die Nähe zum Flughafen ist mit zeitweiligen Lärmimmissionen zu rechnen.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 800 000,– Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 24. August 2010, 10.00 Uhr,** vor dem Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, 22083 Hamburg, Saal E.005.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 2.044, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 13. Mai 2009 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 18. Juni 2010

Das Amtsgericht
Hamburg-Barmbek
Abteilung 802

620

Zwangsversteigerung

902 K 47/09. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Rudolf-Roß-Allee, Böcklerstraße 32 belegene, im Grundbuch von Horn Geest Blatt 3729 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 180/10 000 Miteigentumsanteilen an dem 3703 m² großen Flurstück1417, verbunden mit dem Sondereigentum an sämtlichen Räumen der Wohnung, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nummer 34, durch das Gericht versteigert werden.

Die vermietete 2-Zimmer-Wohnung mit einer Gesamtwohnfläche von etwa 53,8 m² befindet sich im V. Obergeschoss eines im Jahre 1965 errichteten neungeschossigen Mehrfamilienhauses, Hauseingang Böcklerstraße 32. Es besteht ein allgemeiner Renovierungsbedarf. Zentralheizung, Warmwasserversorgung zentral über Heizung.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 35 500,– Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 25. August 2010, 9.30 Uhr,** vor dem Amtsgericht Hamburg-St. Georg, Lübeckertordamm 4, I. Stock, Saal 1.01.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 1.39, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 11. Juni 2009 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren,

sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

621

---

902 K 81/09. Zum Zwecke der Aufhebung einer Gemeinschaft soll das in Hamburg, Horner Weg 201 a–d, 203, 205, 205 a–c belegene, im Grundbuch von Horn Geest Blatt 2680 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 143/10 000 Miteigentumsanteilen an dem 4447 m² großen Grundstück (Flurstück 1329), verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und dem Sondernutzungsrecht an einem Kellerraum, im Aufteilungsplan jeweils mit Nummer 18 bezeichnet, durch das Gericht versteigert werden.

Die von einer Miteigentümerin selbst genutzte 3-Zimmer-Wohnung ist im Erdgeschoss rechts des Hauses Horner Weg 201 c belegen und hat nach dem Wertgutachten vom 17. März 2010 eine Größe von etwa 55 m².

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 55 000,– Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 14. September 2010, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-St. Georg, Lübeckertordamm 4, I. Stock, Saal 1.01.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 1.39, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 4. Dezember 2009 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

622

---

902 K 64/09. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Horner Landstraße 413, 415 belegene, im Grundbuch von Horn Geest Blatt 3214 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 428/10 000 Miteigentumsanteilen an dem 951 m² großen Grundstück (Flurstück 4), verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung, im Aufteilungsplan mit Nummer 14 bezeichnet, durch das Gericht versteigert werden.

Die vom Eigentümer genutzte 3-Zimmer-Wohnung (postalische Anschrift: Horner Landstraße 413) ist im III. Obergeschoss eines unterkellerten Mehrfamilienhauses mit insgesamt 24 Wohnungen und zwei Hauseingängen belegen. Ursprüngliches Baujahr ist 1925, die Wiederinstandsetzung erfolgte 1945/49. Die Wohnung hat eine Größe von etwa 65 m². Eine Innenbesichtigung wurde der Sachverständigen nicht ermöglicht.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 55 100,– Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 16. September 2010, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-St. Georg, Lübeckertordamm 4, I. Stock, Saal 1.01.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 1.39, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 27. August 2009 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 18. Juni 2010

Das Amtsgericht Hamburg-St. Georg

Abteilung 902

623

Zwangsversteigerung

417 K 3/09. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll durch das Gericht versteigert werden, das im Grundbuch von Boberg, Blatt 1906 eingetragene Grundstück, Flurstück 2663, 585 m² groß, belegen in Hamburg-Boberg, Asbrookdamm 11 B, 22115 Hamburg.

Das Grundstück ist bebaut mit einem voll unterkellerten, eingeschossigen Einfamilienhaus mit ausgebautem Dachgeschoss in Fertigbauweise (Holztafelbau), Keller Massivbau. Verputzte Außenfassade, hell gestrichen. Wohnfläche etwa 143 m². Erdgeschoss: Diele, Küche, Vollbad, 3 Räume. Dachgeschoss: kleiner Flur, Duschbad, 3 Räume. Gaszentralheizung. Nach Angaben des Gutachters handelt es sich um ein Niedrigenergiehaus. Das Objekt wird durch die Eigentümer selbst genutzt.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 236 000,– Euro.

Versteigerungstermin: **Freitag, den 6. August 2010, 9.30 Uhr,** vor dem Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Ernst-Mantius-Straße 8, I. Stock, Saal 114.

Das Gutachten zum Verkehrswert kann vormittags, Zimmer 311, eingesehen werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 19. Januar 2009 in das Grundbuch eingetragen worden.

In diesem Termin gelten die 5/10- und 7/10-Grenzen nicht mehr, da in einem ersten Versteigerungstermin der Zuschlag aus den Gründen des § 74 a Absatz 1 ZVG versagt worden ist.

Für ein Gebot ist unter Umständen 10 % des Verkehrswertes als Sicherheit zu leisten.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der betreibende Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt werden und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des oben angegebenen Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Weitere Informationen im Internet unter www.zvg.com

Hamburg, den 18. Juni 2010

Das Amtsgericht Hamburg-Bergedorf

Abteilung 417 624

Zwangsversteigerung

505 K 29/09. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in 22589 Hamburg, Iserbrooker Weg 67 belegene, im Wohnungsgrundbuch von Sülldorf Blatt 3324 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 9366/1 000 000 Miteigentumsanteilen an dem 10 463 m² großen Grundstück (Flurstück 101) verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nummer 94 bezeichneten Wohnung, durch das Gericht versteigert werden.

Beschreibung laut Gutachten: Die vermietete 1-Zimmer-Wohnung ist im III. Obergeschoss des im etwa Jahre 1971 errichteten Gebäudes belegen und hat nach dem Wertgutachten vom 20. Januar 2010 eine Größe von etwa 40,35 m². Das Mietverhältnis wurde wegen eines Wasserschadens gegenüber dem Zwangsverwalter zum 31. Juli 2010 gekündigt. Das Zwangsverwaltungsverfahren ist zwischenzeitlich aufgehoben worden. Das Wohngeld beträgt monatlich 197,– Euro. Die Eigentümerversammlung hat beschlossen, Fassaden- und Dachsanierungen vorzunehmen. Die Instandhaltungsaufwendungen für diese Wohnung werden rund 7000,– Euro betragen.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 10. November 2009 in das Grundbuch eingetragen worden.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 59 000,– Euro, Einheitswert 17 200,– DM.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 11 im Erdgeschoss, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Informationen mit dem Gutachten zum Download auch im Internet unter www.zvg.com und www.zvhh.de

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Freitag, den 20. August 2010, 9.30 Uhr,** im Amtsgericht Hamburg-Blankenese, Dormienstraße 7, 22587 Hamburg, I. Stock, Saal 18.

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 18. Juni 2010

Das Amtsgericht Hamburg-Blankenese

Abteilung 505 625

Zwangsversteigerung

616 K 19/09. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in 21129 Hamburg, Auedeich 4 belegene, im Grundbuch von Finkenwerder Nord Blatt 1021 eingetragene 136 m² große Grundstück (Flurstück 236), durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist mit einer Doppelhaushälfte (Baujahr etwa 1880) mit Zwerchgiebel und Dachgeschoss bebaut. Das Gebäude ist unterkellert, das Dachgeschoss ausgebaut. Die gesamte Wohnnutzfläche beträgt etwa 63 m² und ist wie folgt aufgeteilt: Kellergeschoss/Souterrain mit Vorraum und weiterem Raum sowie Außenzugang über Windfang; Erdgeschoss mit Flur und Treppenaufgang zum Dachgeschoss, Raum als Bad/WC nutzbar und einem Zimmer; Dachgeschoss mit einem Flur und 2 Zimmern. Das Gebäude war zur Zeit der Begutachtung unbewohnt und Sanierungsarbeiten haben begonnen. Die Warmwasserversorgung erfolgt über die Gasheizung.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 44 600,– Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 7. September 2010, 11.00 Uhr,** Sitzungssaal 04, Bleicherweg 1, Untergeschoss.

Das über den Verkehrswert erstellte Gutachten kann werktäglich, außer mittwochs, von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr auf der Geschäftsstelle (Zimmer 5 im Dienstgebäude Buxtehuder Straße 11, Zugang über den Parkplatz, Gebäude hinten auf dem Grundstück) eingesehen oder im Internet unter www.zvg.com, www.versteigerungspool.de und www.zvhh.de abgerufen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 16. Februar 2009 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger/Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 18. Juni 2010

Das Amtsgericht Hamburg-Harburg

Abteilung 616 626

Zwangsversteigerung

616 K 80/08. Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in 21073 Hamburg, Harmsstraße 3 belegenen, a) im Wohnungsgrundbuch von Harburg Blatt 10 064 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 7/133 Miteigentumsanteilen an dem 944 m² großen Flurstück 1982, verbunden mit dem

Sondereigentum an der Wohnung zweite Etage Mitte und b) im Wohnungsgrundbuch von Harburg Blatt 10 068 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 13/133 Miteigentumsanteilen an dem 944 m² großen Flurstück 1982, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung dritte Etage rechts, durch das Gericht versteigert werden.

Es besteht die Möglichkeit die Wohnungen einzeln und zusammen zu erwerben. Die beiden zur Zeit der Besichtigung leerstehenden und stark renovierungsbedürftigen Wohnungen befinden sich in einem unterkellerten, viergeschossigen Mehrfamilienhaus (Baujahr 1955). Im nicht ausgebauten Dachgeschoss sind weitere Abstellräume vorhanden, die zwar nicht als Sondernutzungsrechte im Grundbuch eingetragen, aber offensichtlich zugewiesen sind. Die Wohnungen werden mit Nachtstromheizungen beheizt. Die Wohnung zu a) hat eine Wohnfläche von etwa 25,95 m², bestehend aus einem Zimmer, Küche, Bad mit WC/Dusche und Flur. Die Wohnung zu b) hat eine Wohnfläche von etwa 50,56 m², bestehend aus 2 Zimmern, Küche, Flur, Bad mit WC/Wanne und Balkon.

Verkehrswerte gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG zu a) 14 000,– Euro, zu b) 46 000,– Euro. Der Wert für beide Wohnungen insgesamt wurde auf 60 000,– Euro festgesetzt.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 14. September 2010, 11.00 Uhr,** Sitzungssaal 04, Bleicherweg 1, Untergeschoss.

Das über den Verkehrswert erstellte Gutachten kann werktäglich, außer mittwochs, von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr auf der Geschäftsstelle (Zimmer 5 im Dienstgebäude Buxtehuder Straße 11, Zugang über den Parkplatz, Gebäude hinten auf dem Grundstück) eingesehen oder im Internet unter www.zvg.com, www.versteigerungspool.de und www.zvhh.de abgerufen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 14. November 2008 jeweils in die Grundbücher eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger/Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 18. Juni 2010

Das Amtsgericht Hamburg-Harburg

Abteilung 616 627

Zwangsversteigerung

717 K 52/09. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Am Grundwasserwerk 8, 8 a belegene, im Grundbuch von Tonndorf-Lohe Blatt 4436 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 1/2 Miteigentumsanteil an dem 819 m² großen Flurstück 2792, verbunden mit dem Sondereigentum an den im Aufteilungsplan mit Nummer 4 bezeichneten Räumen der rechten Doppelhaushälfte, durch das Gericht versteigert werden.

Das Wohnungseigentum besteht aus einer eingeschossigen und unterkellerten Doppelhaushälfte mit ausgebautem Dachgeschoss und der postalischen Belegenheit „Am Grundwasserwerk 8". Errichtung vermutlich 1985. Die Wohnfläche von etwa 109,5 m² verteilt sich auf 5 Zimmer, Küche, Gäste-WC, Badezimmer und Flurfläche. Zusätzlich wurde der Spitzboden ausgebaut. Beheizung und Warmwasser zentral über Gas. Das Objekt wird vom Verfahrensschuldner und seiner Familie zu Wohnzwecken genutzt.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 255 000,– Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 25. August 2010, 10.00 Uhr,** vor dem Amtsgericht Hamburg-Wandsbek, Schädlerstraße 28, Saal 216, II. Stock.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 115, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Telefon: 040 / 4 28 81 - 27 07 / - 21 75. Infos auch im Internet: www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 5. August 2008 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 18. Juni 2010

Das Amtsgericht Hamburg-Wandsbek

Abteilung 717 628

Beschluss

609 IV–VI 1367/97. In der Nachlass-Sache Inge Theresia Lissel, verstorben am 17. September 1997, beschließt das Amtsgericht Hamburg-Harburg, Nachlassgericht, durch die Rechtspflegerin Wonsak:

Der Erbschein des hiesigen Gerichts vom 12. Januar 1998 wird für kraftlos erklärt (§ 2361 Absatz 2 BGB).

Hamburg, den 7. Juni 2010

Das Amtsgericht Hamburg-Harburg

Abteilung 609 629

Ausschließungsbeschluss

610 a II 11/09. Auf Antrag von der Deutschen Bank AG, Filiale Stuttgart, vertreten durch den Vorstand, beschließt das Amtsgericht Hamburg-Harburg, Abteilung 610 a, durch den Rechtspfleger Bredehöft:

Der Deutsche Grundschuldbrief über die im Grundbuch des hiesigen Amtsgerichts von Hasselwerder Blatt 1216 in Abteilung III unter der Nummer 2 für die Deutsche Bank AG, Hamburg, eingetragene Grundschuld über 25 000,– DM (fünfundzwanzigtausend Deutsche Mark), wird für kraftlos erklärt.

Hamburg, den 7. Juni 2010

Das Amtsgericht Hamburg-Harburg

Abteilung 610 630

Sonstige Mitteilungen

Beschränkte Ausschreibung
nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb
gemäß VOL/A, § 17, Nummer 2

B4029-10 XFEL

a) Auftraggeber:

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY,
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg,
Briefpost: 22603 Hamburg,
Telefon: 040/89 98 - 15 67, Telefax: 040/89 98 - 40 09

b) Vergabeverfahren:

Beschränkte Ausschreibung nach Öffentlichen Teilnahmewettbewerb gemäß VOL Teil A (§ 17 Nummer 2)

c) Art des Auftrages: Einheitspreisvertrag

d) Ort der Ausführung:

DESY, Gebäude 36, Notkestraße 85, 22603 Hamburg

e) Art und Umfang der Leistung:

Bei der vorliegenden Baumaßnahme handelt es sich um die Errichtung von Klimaanlagen für Präzisionsmessräume in einer bestehenden Halle auf dem Gelände des Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY, Notkestraße 85 in 22603 Hamburg.

In der Halle sollen zwei Präzisionsmessräume in Anlehnung an VDI2627 mit einer gemeinsamen Schleuse erstellt werden.

Die Gesamtfläche der Halle beträgt etwa 670 m² und hat eine Höhe von 11,50 m. Die Nutzhöhe der Halle reduziert sich durch eine Krananlage auf etwa 9,00 m. Frontseitig sind in der Außenfassade Fenster vorhanden.

- Zentrale Wasseraufbereitung (Enthärtung über Ionenaustauscher) mit Vorhaltung für 4 Präzisionsmessräume gem. KG 412.
- Luftmenge gesamt etwa 24.000 m³/h, KG433.
- Aufgeteilt auf zwei Klimaanlagen mit je 12.000 m³/h.
- 2 Kälteanlagen mit je 46 kW als Splitsystem mit Heißgasbypass bzw. frequenzgeregeltem Verdichter, KG 435.
- 2 Laminar-Lüftungshauben in Sonderanfertigung mit etwa 8,10 m Länge und etwa 2,30 m Breite, die gleichzeitig als Einbringöffnung dienen und jederzeit demontierbar sein müssen, KG 439.
- Strömungsoptimierte Bauteile (1 Lüftungshaube mit topologieoptimiertem Anschlussbogen / 1 Lüftungshaube mit Vlies) zur Vergleichmäßigung der räumlichen Temperaturkonstanz.
- Je Präzisionsmessraum Luftleitschürzen ohne Reinraumanforderung als Lamellen zur Montage an die Decke.
- Nachweis Temperatur und Raumluftfeuchte der Messräume in Anlehnung der VDI 2627, Temperaturklasse A mittels Messaufbau zur Ermittlung der zeitlichen und örtlichen Temperaturkonstanz von +/- 0,1 K mit einem Messraster auf drei Ebenen.
- Zur Sicherung einer maximalen Flexibilität für die Anforderungen der Funktionen des Präzisionsmessraumes, wurde für die Regelung, Steuerung und Überwachung eine frei programmierbare Automationsstation gewählt. Diese autonom und dezentral arbeitende Station stellt die Infrastruktur für die Aufnahme und Abarbeitung aller system- und anwendungsspezifischen Funktionen zur Verfügung, gem. KG 480.

f) Losweise Vergabe: entfällt

g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn Planungsleistungen gefordert werden: entfällt

h) Ausführungsfristen für die Baumaßnahme:

etwa September 2010 bis etwa Februar 2011

i) Ggf. Angabe der Rechtsform bei Bietergemeinschaften:

Angabe der gesamtschuldnerisch haftenden Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

j) Ablauf der Einsendefrist für die Anträge auf Teilnahme:

Die Bewerbung ist bis spätestens **24. Juni 2010** einzureichen.

k) Anschrift an die die Anträge zu richten sind:

Schriftlich bei der unter a) genannten Adresse.

l) Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.

m) Spätester Versand der Aufforderungen zur Angebotsabgabe: 5. Juli 2010

n) Geforderte Sicherheiten:

siehe Ausschreibungsunterlagen

o) Zahlungsbedingungen:

Zahlungen werden in Anlehnung nach § 16 der Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen nach VOB/B geleistet.

p) Geforderte Eignungsnachweise:

- Unbedenklichkeitsbescheinigungen (Finanzamt und Berufsgenossenschaft).
- Eigenerklärung, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 21 Absatz 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz sowie § 6 Satz 1 oder 2 Arbeitnehmer-Entsendegesetz nicht vorliegen. Der Auftraggeber wird über den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister (§ 150 a der GewO) beim Bundeszentralregister anfordern.
- Freistellungsbescheinigung (Steuerabzugspflicht § 48 ff. EStG) bzw. entsprechende Gründe für die Nichterbringung.
- Darstellung der fachlichen Qualifikation des einzusetzenden Personals.

Für Nachweise und Erklärungen, die in einem Verein für die Präqualifikation von Bauunternehmen bereits erbracht wurden, genügt die Angabe der Nummer, unter der sie in der Liste des anzugebenden Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen eingetragen sind.

Zum Nachweis der Eignung sind mit dem Angebot die Unterlagen a, b und f nach § 8 Nummer 3 Absatz 1 VOB/A beizubringen. Zusätzlich sind folgende Nachweise zu erbringen:

Erfahrungen in den Bereichen hochinstallierter physikalischer und chemisch-physikalischer Labore, physikalische und chemische Präzisionsmessräume in Anlehnung an VDI 2627, Reinraumtechnik, Halbleitertechnik, insbesondere deren Inbetriebnahme mit Wichtung auf Regelung durch Nachweis der erfolgreich durchgeführten Bauvorhaben sind durch vergleichbare Referenzobjekte der letzten 3 Jahre mit Angabe von Ansprechperson mit Telefonnummer, Art der Leistung und Auftragsumfang darzustellen.

Lütcke & Wulff **C 1160** **PVSt, DPAG, Entgelt bezahlt**
Druckerei und Verlag
Rondenbarg 8
22525 Hamburg

q) Änderungsvorschläge oder Nebenangebote ohne gleichzeitige Abgabe eines Hauptangebotes finden keine Wertung.

r) Sonstige Angaben:

Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße wenden kann:

Kaufmännischer Direktor des Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY.

Hamburg, den 11. Juni 2010

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY 631

Öffentliche Ausschreibung
der Hamburger Wasserwerke GmbH
Planung Tiefbau

Die Hamburger Wasserwerke haben die Hamburger Stadtentwässerung mit der Vergabe der Leistungen beauftragt.

ÖA-Nummer: 53/10

Wesentliche Leistungen:

Bauvorhaben: Betriebsfertige Legung von Rohwasserleitungen (DN 100 bis DN 600), Einziehen von Kabelleerrohren sowie Verdämmern einer Druckrohrleitung in den Straßen Stader Straße und Zum Fürstenmoor in Heimfeld.

Die Arbeiten werden in folgende 3 LOSE verteilt und ausgeschrieben:

LOS 1: Legung von insgesamt 1185 m Rohwasserleitungen (DN 100 bis DN 600) sowie Einziehen von insgesamt 1000 m Kabelleerrohren (da 63 und da 110) – AG: HWW

LOS 2: Einziehen von ca. 1150 m Kabelleerrohren (3 x da 50) – AG: servTEC

LOS 3: Verdämmern von ca. 1200 m Druckrohrleitung DN 500 – AG: HSE

Achtung: Die Angebote müssen für alle 3 Lose abgegeben werden.

Geplanter Ausführungsbeginn: August 2010

Voraussetzung für die Beauftragung:

DVGW-Bescheinigung für Rohrleitungsbauunternehmen nach dem DVGW-Arbeitsblatt GW 301, Gruppe W1.

Sicherheiten und Zahlungsbedingungen:
siehe Vergabeunterlagen

Die Ausschreibungsunterlagen sind ab 21. Juni 2010 bis zum 2. Juli 2010 montags bis donnerstags von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr einzusehen oder erhältlich für 20,00 Euro bei der Kasse der Hamburger Stadtentwässerung, 20097 Hamburg, Banksstraße 6, Zimmer 837.

Alternativ können die Unterlagen auch nach schriftlicher Abforderung durch Brief oder Fax (Telefax: 040 / 34 98 - 5 72 98) direkt zugesandt werden gegen eine zusätzliche Pauschale für Porto und Verpackung in Höhe von 2,50 Euro. Der Betrag ist in diesem Fall unter Angabe der ÖA-Nummer 53/10 auf das folgende Konto der Hamburger Stadtentwässerung bei der HSH Nordbank AG, Kontonummer: 100 909 000, BLZ 210 500 00, zu überweisen. Briefmarken und Schecks werden als Zahlungsmittel nicht angenommen.

Eröffnungstermin: 8. Juli 2010 um 9.30 Uhr bei der Hamburger Stadtentwässerung, Anstalt des öffentlichen Rechts, Banksstraße 6, Zimmer 835, 20097 Hamburg. Einwurfkasten: Zimmer 837.

Hamburg, den 14. Juni 2010

Hamburger Wasserwerke GmbH 632

Öffentliche Ausschreibung

Die Stadtreinigung Hamburg, Anstalt öffentlichen Rechts, Bullerdeich 19, 20537 Hamburg, schreibt eine **Rahmenvereinbarung zur Lieferung von automatisch betätigten Schüttvorrichtungen** unter der Nummer **OV-RV 2010.109** im Offenen Verfahren aus. Nähere Angaben finden Sie im EG-Amtsblatt, Submissionsanzeiger, Bundesausschreibungsblatt, bi-Ausschreibungsblatt, Subreport sowie bei der Stadtreinigung Hamburg (Anschrift siehe oben) werktags von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr, Gebäude 1, Zimmer 108, und im Internet: www.srhh.de/Über uns/Ausschreibungen. Die Unterlagen können bis zum 30. Juli 2010 angefordert werden.

Hamburg, den 14. Juni 2010

Stadtreinigung Hamburg 633

Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg.
Druck, Verlag und Ausgabestelle Lütcke & Wulff, Rondenbarg 8, 22525 Hamburg – Telefon: 23 51 29-0 – Telefax: 23 51 29 77.
Bestellungen nimmt der Verlag entgegen. Bezugspreis für Teil I und II zusammen jährlich 75,– EUR. Einzelstücke je angefangene vier Seiten 0,26 EUR (Preise einschließlich 7% Mehrwertsteuer).